

Eidgenössische Abstimmungen

Montag, 15. Juni 2026

Am Ende jubelte die Schwiegermutter

SVP-Nationalrat Mike Egger hat von Anfang an für die 10-Millionen-Initiative gekämpft. Am Sonntag muss er die Niederlage bei Ghackets und Hörnli verdauen. Unterwegs mit einem Verlierer.

Lea Hartmann, Anna Wanner, Stefan Bühler

Als die Schwiegermutter anruft, hat Mike Egger die Hoffnung noch nicht ganz begraben. Es ist Sonntagmorgen, 10 Uhr. Auch wenn sich Susanne Vincenz-Stauffacher und Egger an diesem Abstimmungstag – wieder einmal – als Kontrahenten gegenüberstehen: Die Co-Präsidentin der FDP will ihrem Schwiegersohn noch ein paar aufmunternde Worte mit auf den Weg geben.

Eggers Gemütszustand: angespannt. «Vielleicht gib't's ja noch eine Überraschung», sagt Egger ins Telefon. Seinen Optimismus hat der St.Galler im Hinblick auf den Ausgang der Abstimmung zur 10-Millionen-Initiative noch nicht verloren.

Der 33-jährige Egger ist einer der Väter des Volksbegehrens. 2022 zogen sich die SVP-Nationalräte Thomas Matter, Manuel Strupler, Thomas Aeschi und er in einem Stübli in Toni Brunners «Haus der Freiheit» im Toggenburg zurück und entwickelten die Idee für eine weitere Zuwanderungsinitiative.

Dieses Mal gibt's in Aarberg nichts zu feiern

Vier Jahre später sitzt Egger im Intercity Richtung Seeland und wippt unruhig mit dem Bein. Während draussen erst die Zürcher Agglo und dann grüne Felder vorbeiziehen, hängt er am Telefon. «Und, bist du motiviert?», fragt er Parteipräsident Marcel Dettling. Befreundete Gemeindepräsidenten geben Wasserstandsmeldungen zur Stimmbeteiligung auf dem Land durch, man plaudert noch ein bisschen. Die Argumente, sie sitzen nach Wochen im Dauer-Abstimmungskampf.

Als der Regionalzug schliesslich um kurz vor 12 Uhr im bernischen Aarberg hält, ist Egger argumentativ in Fahrt. Die SVP hat einen symbolträchtigen Ort für ihren «Abstimmungshöck» ausgesucht: Im Hotel Krone feierte die Partei vor 12 Jahren das knappe Ja zu ihrer Masseneinwanderungsinitiative.

Doch dieses Mal gibt's nichts zu feiern. Das steht bereits kurz nach 12 Uhr fest. Am Ende sagt eine relativ deutliche Mehrheit Nein zur Nachhaltigkeitsinitiative, wie sie die SVP getauft hat. 54,8 Prozent der Stimmdenden wollen die Bevölkerung nicht bei 10 Millionen Einwohnern deckeln. Besonders gross ist die Ablehnung in den Städten und in der Romandie. Während in Appenzell Innerhoden knapp 66 Prozent der Bevölkerung Ja stimmten, sagen in Basel-Stadt 73,5 Prozent Nein.

Die Sieger freuen sich nur zurückhaltend

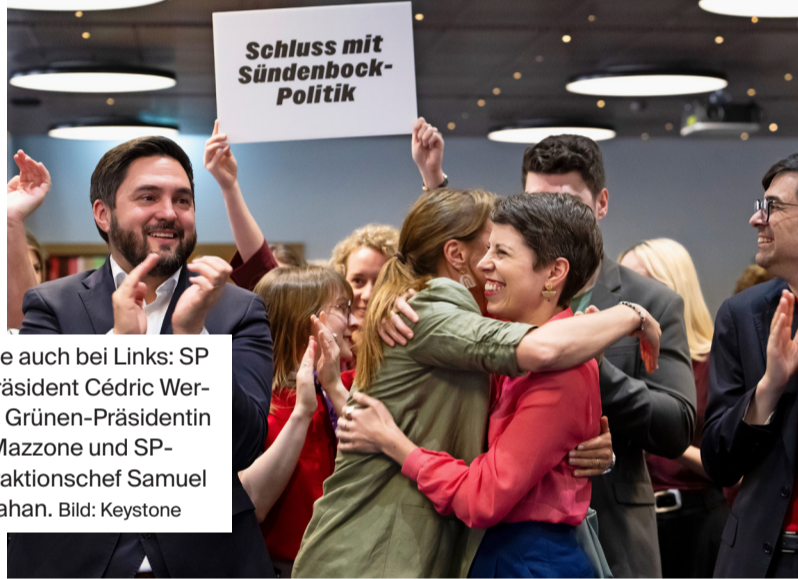
Mike Egger nimmt den Abstimmungsausgang im Kronensaal mit verkniffenem Mund zur Kenntnis. Einige Kilometer entfernt, in Bern, wo sich das Nein-Komitee versammelt hat, ist seiner Schwiegermutter derweil die Erleichterung anzusehen. «Hopp Schweiz» steht auf dem rot-weissen Schal, den Susanne Vincenz-Stauffacher und andere um den Hals tragen.

Allerdings fällt der Applaus im Restaurant Grosse Schanzeverhalten aus. So richtig freuen mag sich keiner. «Ich bin froh, hat eine Mehrheit die radikale

«Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir hoffen, dass die SVP jetzt mithilft, sie umzusetzen.»



Das FDP-Co-Präsidium ist erleichtert: Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann. Bild: Keystone



Freude auch bei Links: SP Co-Präsident Cédric Wermuth, Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone und SP-Co-Fraktionschef Samuel Bendahan. Bild: Keystone

10-Millionen-Initiative abgelehnt», sagt Mitte-Fraktionschefin Yvonne Bürgin. Für die Schweiz sei es dennoch kein guter Tag: «Die SVP geht trotz Niederlage als Siegerin aus dieser Abstimmung hervor.» Sie werde das Thema weiter bewirtschaften. Und in der Folge die anderen Parteien vor sich her treiben.

FDP-Co-Präsident Benjamin Mühlemann liest das Resultat anders: «Die Bevölkerung hat erkannt, dass die Initiative kein Problem löst, das themati-

siert wird, sondern im Gegenteil ganz viele neue Probleme schafft.» Es gehe jetzt darum, die kritischen Themen anzugehen, etwa über die Umsetzung der Individualbesteuerung, die inländisches Fachkräftepotenzial freisetze. «Wir rechnen mit 40'000 zusätzlichen Vollzeitstellen.» Dazu gehöre auch ein höheres Rentenalter sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. «Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir hoffen, dass die SVP jetzt mithilft, sie umzusetzen.»

Die SVP klagt: Die Städte haben das Land überstimmt, aber stimmt das tatsächlich?

Der SVP-Präsident hatte die Schuldigen für die Niederlage ausgemacht: die Städte. Doch so einfach ist es nicht.

Michael Graber, Mark Walther

«Die Städte haben das Land überstimmt», sagt Marcel Dettling. Nachdem es in der vergangenen Zeit schüchterne Versuche gab, den Stadt-Land-Graben zu überwinden, nimmt der SVP-Präsident jetzt wieder die Fackel hervor, um alle halb gebauten Brücken niederzubrennen. «Auf dem Land haben die Menschen verstanden, was das Rezept wäre. Die Städte haben stark mobilisiert und das alles zunächst gemacht», sagt Dettling gegenüber Radio SRF.

Tatsächlich zeigt sich teilweise ein beträchtlicher Graben zwischen urbanen und ländlichen Gemeinden. Zum Beispiel im Kanton Luzern. In der Stadt Luzern wurde das Begehren der SVP mit rund 70 Prozent abgelehnt. Am an-

deren Ende des Meinungsspektrums sind die Gemeinden Fischbach und Lüthorn, dort stimmten über 80 Prozent aller Teilnehmenden für die Vorlage. Am Ende sagte der Kanton mit 51 Prozent Nein. Den Unterschied machten rund 3500 Stimmen.

Die Städte sagen sehr deutlich Nein

Auch andere Städte sind deutlich im Nein: St.Gallen (68 Prozent), Aarau (70 Prozent), Bern (84 Prozent), Lausanne (76 Prozent) und Basel (75 Prozent). Wichtige Zustimmung erfuhr die Initiative dagegen vor allem in Kleingemeinden. Zum Vergleich: In Unterberg SZ sagten 91 Prozent Ja. Bloss in absoluten Zahlen zeigt sich: Die 91 Prozent Luzern wurde das Begehren der SVP mit rund 70 Prozent abgelehnt. Am an-

deren Ende des Meinungsspektrums sind die Gemeinden Fischbach und Lüthorn, dort stimmten über 80 Prozent aller Teilnehmenden für die Vorlage. Am Ende sagte der Kanton mit 51 Prozent Nein. Den Unterschied machten rund 3500 Stimmen.

Und trotzdem: Stimmt die Aussage von Marcel Dettling? Eine Datenanalyse von dieser Zeitung zeigt: In den ländlichen Gemeinden wurden insgesamt 308'231 Ja-Stimmen gezählt. Demgegenüber stehen 480'700 Nein-Stimmen aus den vom Bundesamt für Statistik als Kernstädten definierten Gebieten. Auf den ersten Blick ist somit klar: Die schiere Masse in den linken Städten schlägt die Stimmdenden in den konservativen Kleingemeinden.

Ein vertiefter Blick in die Abstimmungsergebnisse zeigt jedoch: Bereits beim Urnengang zur Masseneinwanderung 2014 gab es mehr Nein-Stimmen in den Städten als Ja-Stimmen auf dem Land. Die Initiative wurde trotz-

dem knapp angenommen. Die Agglomerationen stimmten mit 50,7 Prozent für eine Einschränkung der Zuwanderung zu. An diesem Sonntag wendete sich das Blatt: Die Zustimmung lag in der Agglo mit 45,21 Prozent deutlich tiefer.

Ghackets mit Hörnli und ein bisschen Selbstkritik

Und die SVP? Während die Gegner im Abstimmungskampf argumentierten, mit einem Ja sei kein einziges Problem gelöst, sagt die SVP nun dasselbe in Bezug auf die Niederlage. Für die Folgen der ungebremsten Zuwanderung trügen nun die anderen die Verantwortung, hält die Partei fest. Sie wertet nach der

dem knapp angenommen. Die Agglomerationen stimmten mit 50,7 Prozent für eine Einschränkung der Zuwanderung zu. An diesem Sonntag wendete sich das Blatt: Die Zustimmung lag in der Agglo mit 45,21 Prozent deutlich tiefer.

In den Kernstädten hat die SVP an Rückhalt eingebüsst

Auf dem Land blieb das Nein-Lager stabil. Stimmte es bei der Masseneinwanderungsinitiative zu 58,42 Prozent mit Ja, waren es am Sonntag mit 58,16 Prozent nur minim weniger. Doch es stimmt schon: In den Kernstädten verlor die SVP im Vergleich zur Masseneinwanderungsvorlage am deutlichsten. Unterstützten 2014 noch 39,58 Prozent aller Städterinnen und Städter strengere Zuwanderungsregeln, waren es jetzt nur noch 29,58 Prozent.

Niederlage gegen die «classe politique», der die Probleme der «normalen Bevölkerung» egal seien. Zudem macht man die «linken Städte» für die Niederlage verantwortlich. Die Botschaft, die die SVP-Exponentinnen und -Exponenten an diesem Sonntag in Aarberg immer wieder wiederholten: Nicht die SVP habe verloren, sondern die Schweiz.

Während auf dem Dorfplatz in Aarberg Ausflügler die Sonne geniessen, ist die Luft im Kronensaal stickig geworden. Die SVPler verdauen die Niederlage zusammen mit einer Portion Ghackets mit Hörnli. SVP-Nationalrat Thomas Matter ist inzwischen bei einem Bier angekommen – und äussert auch Selbstkritik: Man habe es zu wenig geschafft, die Landbevölkerung zu mobilisieren, meint er.

Aussergewöhnlich hohe Stimmbeteiligung

Die Stimmbeteiligung ist an diesem Abstimmungssonntag ein grosses Thema. Knapp 59 Prozent der Stimmberechtigten gingen an die Urne – ein enorm hoher Wert. Im Schnitt beträgt die Beteiligung gerade einmal 46 Prozent. Doch nicht nur in städtisch geprägten Kantonen, sondern auch in vielen ländlichen Regionen liegt sie sehr hoch. In Schwyz gingen knapp 68 Prozent an die Urne, in Appenzell Innerhoden 65 Prozent. Am tiefsten ist die Beteiligung in Neuenburg und dem Tessin, doch auch dort haben über die Hälfte jener, die dürfen, abgestimmt.

Die hohe Stimmbeteiligung dürfte auch mit den rekordhohen Kampagnenbudgets zusammenhängen, über die beide Lager verfügten. Mit total über 15 Millionen Franken ist es der teuerste Abstimmungskampf, seit die Komitees ihre Kampagnenbudgets offenlegen müssen.

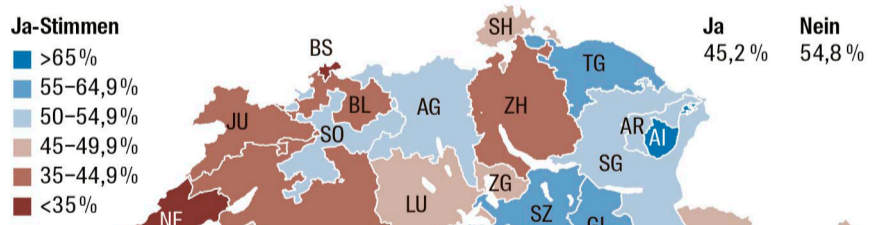
Mike Egger hat vor allem eins investiert: Zeit. Jeden Tag war der National-

rat, der bald Vater wird, die letzten Wochen unterwegs, um Stimmen für die Initiative zu sammeln. Auch jetzt geht das Programm nahtlos weiter. Auf dem Weg zurück nach Zürich macht er kurz die Augen zu, während die Finger auf der Laptoptastatur verharren. Am

Abend wartet noch ein Auftritt im «Sonntalk» auf ihn. Dann geht's nach Hause in die Ostschweiz.

Zwei gute Nachrichten wartet dort auf ihn: Seine Heimatgemeinde Bernegg hat Ja gestimmt, ebenso der gesamte Kanton St.Gallen. Immerhin.

Keine 10-Millionen-Schweiz



Kantonsresultate im Detail

	% Ja	% Ja
Aargau	51,0	
Appenzell Ausserrhoden	53,2	
Appenzell Innerhoden	65,9	
Basel-Landschaft	44,1	
Basel-Stadt	26,5	
Bern	44,6	
Freiburg	45,1	
Genève	34,6	
Glarus	58,6	
Graubünden	48,5	
Jura	40,1	
Luzern	49,0	
Neuenburg	32,7	
Nidwalden		58,1
Obwalden		58,5
Schaffhausen		49,2
Schwyz		63,2
Solothurn		50,7
St. Gallen		53,8
Tessin		50,7
Thurgau		55,3
Uri		59,9
Vaud		35,5
Valais		47,2
Zug		47,6
Zürich		40,0

Quelle: Bundeskanzlei/Grafik: jga



Bundesrat Beat Jans freut sich über die hohe Stimmbeteiligung. Die Freude über das deutliche Nein zeigte er indes nicht. Bild: Keystone

Abstimmungskampf am Limit

Bundesrat Beat Jans warb landesweit gegen die Initiative – zum Ärger der SVP.

Anna Wanner

Es ist das geglückte Ende eines intensiven Abstimmungskampfs, und Bundesrat Beat Jans äussert sich nicht zu Problemen der AHV-Finanzierung, sollte die Zuwanderung eingeschränkt werden. Sie stürzte sich auch an den Aussagen zum Kollaps des Gesundheitswesens. Vor allem aber ärgerte sich die Partei über Jans' Aussage, dass sein Bundesratskollege Guy Parmelin als SVP-Mann die Initiative ablehne.

Parmelin äusserte sich früh kritisch über die partei eigene Initiative. Im Interview mit der «SonntagsZeitung» kritisierte der Wirtschaftsminister bereits im Dezember «die Risiken der Initiative für die Wirtschaft». Sie sei zu «rigide» formuliert.

Nichtssagen als Strategie

Die SVP beharrte fortan darauf, dass Parmelins Aussage keine private Meinung sei. Er müsse die Meinung der Bundesratsmehrheit vertreten. Den Streit wollten die beiden Bundesräte auch an der gestrigen Pressekonzferenz nicht klären. Guy Parmelin sagte, in der Romandie gelte das Sprichwort: «Qui répond, appond.» Wer auf ein Gericht reagiere, der heize es weiter an. Der Bundesrat kommentiere darum nicht, was an Bundesratsitzungen besprochen oder entschieden worden sei.

Von Giftfeilen und Fake News

Wie schwer die Last ist, die von ihm abfällt, zeigt Beat Jans am Sonntagabend nicht. Er hat strenge Wochen hinter sich. Die letzten vier Monate tingelte der Bundesrat durch die Schweiz, referierte in der Aula der Kantonsschule am Burggraben in St.Gallen, im Hotel Schweizerhof in Luzern, genauso wie in der «Arena» des Schweizer Fernsehens oder vor der Handelskammer beider Basel. Seine Botschaft hat er zwar jeweils mit etwas Lokalkolorit versehen, im Grundsatz war sie immer dieselbe: Die Initiative der SVP gefährdet Wohlstand und Sicherheit der Schweiz.

Seine vielen Auftritte stiessen auf Widerstand, die SVP goutierte die hohe Präsenz nicht – und brachte das mehrmals zum Ausdruck. Am Podium in Luzern enervierte sich SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi über die «unzulässige Behördenpropaganda». Noch bevor er die ersten Argumente darlegte, schoss

Aeschi Giftpfeile in Richtung Bundesrat Beat Jans.

Es ist nicht die einzige Kritik, welche die Partei ventilerte. Inhaltlich beklagte die SVP «Fake News». Sie störte sich nicht nur an der Studie zu Problemen der AHV-Finanzierung, sondern auch an der Aussage, dass die Initiative für die Wirtschaft schädlich sei. Sie stürzte sich auch an den Aussagen zum Kollaps des Gesundheitswesens. Vor allem aber ärgerte sich die Partei über Jans' Aussage, dass sein Bundesratskollege Guy Parmelin als SVP-Mann die Initiative ablehne.

Parmelin äusserte sich früh kritisch über die partei eigene Initiative. Im Interview mit der «SonntagsZeitung» kritisierte der Wirtschaftsminister bereits im Dezember «die Risiken der Initiative für die Wirtschaft». Sie sei zu «rigide» formuliert.

Nichtssagen als Strategie

Die SVP beharrte fortan darauf, dass Parmelins Aussage keine private Meinung sei. Er müsse die Meinung der Bundesratsmehrheit vertreten. Den Streit wollten die beiden Bundesräte auch an der gestrigen Pressekonzferenz nicht klären. Guy Parmelin sagte, in der Romandie gelte das Sprichwort: «Qui répond, appond.» Wer auf ein Gericht reagiere, der heize es weiter an. Der Bundesrat kommentiere darum nicht, was an Bundesratsitzungen besprochen oder entschieden worden sei.

Beat Jans sagte auf die Kritik: «Es ist wichtig, dass der Bundesrat sich in einer solch wichtigen Frage engagiert.» Und er halte es mit dem Bonmot seines Kollegen Parmelin: «Der Bundesrat gewinnt und verliert immer als Team.»

Auf Seite der Gegner der Initiative wird das Engagement des Bundesrats durchaus gewürdigt. Bis in die FDP gibt es Stimmen, die sich dankbar zeigen über die vielen Auftritte von Beat Jans. Er habe die Botschaft des Bundesrats und des Parlaments zu den Menschen gebracht.

Freilich teilen nicht alle den Enthusiasmus: Der Bundesrat habe die Sache eher geschadet, sein Auftritt sei wenig souverän und die Antworten nicht auf den Punkt gebracht. Doch die Abstimmung ist durch, das Ziel erreicht. Beat Jans kann man vieles vorwerfen. Aber sicher nicht fehlendes Engagement.